News Archiv 2017

2017-02-20 09:21

[FSG-Mernyi: Grundrechte wichtiger als Profitgier](#)

Ohne Versammlungsfreiheit keine Proteste gegen Unternehmen möglich, die MitarbeiterInnen unfair behandeln

„Minister Sobotka gewährte auch in dieser Pressestunde wieder interessante Einblicke in seine Gedankenwelt“, erklärt der Bundesgeschäftsführer der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Willi Mernyi. „Offenbar ist der Innenminister ein sehr furchtsamer Mensch, der wirklich an jeder Ecke Gefahren wittert. Weniger furchtsam ist er aber, wenn es darum geht, Grundrechte einfach über Bord zu werfen“, erklärt Mernyi.

Demonstrationsrecht wurde hart erkämpft

„Ich bin sehr erleichtert, dass Minister Sobotka mittlerweile einsieht, dass seine Gesetzentwürfe den Grund- und Verfassungsrechten entsprechen sollten – das war bisher nicht immer der Fall. Für die Gewerkschaften ist eine Einschränkung des Demonstrationsrechtes nämlich völlig indiskutabel. Ich erinnere an viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die ihr Leben lassen mussten, um genau diese Rechte zu erkämpfen. Dass der Innenminister Geschäftsinteressen, also der „Erwerbsfreiheit“ den Vorzug vor der Versammlungsfreiheit geben will, ist sehr bedenklich. Gerade jüngste Beispiele wie die Drogeriekette „Müller“ zeigen die Problematik. Hier werden Angestellten schikaniert, die einen Betriebsrat gründen wollen. Es kann ja wohl nicht sein, dass aufgrund von Geschäftsinteressen kein gewerkschaftlicher Protest gegen eine derart fragwürdige Vorgehensweise möglich ist. Meint der Innenminister tatsächlich, dass wir künftig keinen Missstände mehr anprangern dürfen, nur damit Firmen, die ihre MitarbeiterInnen ausbeuten, dabei ja nicht gestört werden?“

Derzeitige Gesetzeslage ausreichend

Für völlig absurd hält Mernyi auch den Vorstoß, VersammlungsleiterInnen persönlich haftbar machen zu wollen. „VersammlungsleiterInnen sind bereits jetzt für die Sicherheit und den gesetzmäßigen Ablauf bei Demonstrationen verantwortlich. Wenn Sobotka die Sicherheit aller Beteiligten wirklich so am Herzen liegt, dann soll er sich verstärkt um Ausbildung und Ausrüstung der PolizistInnen kümmern, statt leere Kilometer im Privatjet zu machen“.

2017-02-19 13:09

[Kern: Jobbonus nur für heimische Arbeitslose](#)

„ÖsterreicherInnen sollen profitieren“

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) will den „Beschäftigungsbonus“ auf beim Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldete Arbeitslose beschränken. So soll ein Zuzug aus anderen EU-Ländern, vorwiegend aus Osteuropa, unterbunden werden. Das sagte Kern in der „Kronen Zeitung“ (Sonntag-Ausgabe).

„Wenn wir das Geld österreichischer Steuerzahler in die Hand nehmen, dann müssen auch die österreichischen Arbeiter und Angestellten davon profitieren“, so Kern. Der „Beschäftigungsbonus“ solle „kein Anreiz dazu sein, dass neue Arbeitssuchende zu uns kommen und der Druck auf dem Arbeitsmarkt noch weiter steigt“, wird der Kanzler in der „Kronen Zeitung“ zitiert. So soll der Bonus nur für Österreicher und bereits hier ansässige Ausländer gelten.

Nur noch für beim AMS gemeldete Arbeitslose

Konkret sollen nur jene neu geschaffenen Jobs die Förderung bekommen, die mit Arbeitssuchenden besetzt werden, die beim AMS bereits arbeitslos gemeldet sind. Das heißt, die betreffenden Personen müssen schon in der Vergangenheit in Österreich legal gearbeitet oder ihre Ausbildung in Österreich abgeschlossen haben. Laut Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts ist diese Einschränkung europarechtlich möglich.

ÖVP kritisiert Kerns Vorschlag

Der Koalitionspartner ÖVP reagierte skeptisch. „Kerns Modell würde automatisch österreichische Jobwechsler, Schulabgänger, Lehrlinge und Uni-Absolventen ausschließen“, sagte ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger. Die jährlich 35.000 Lehrabsolventen wären damit für anstellungswillige Firmen auf einmal doppelt so teuer wie Arbeitslose, von denen 30 Prozent Ausländer sind, argumentiert Wöginger.

So gesehen, sei Kerns Vorschlag ein „versteckter ‚Ausländer-Bonus‘“. Wöginger: „Hier ist das Kern-Modell offenbar nicht zu Ende gedacht.“ Die ÖVP-Stoßrichtung: ein möglichst unbürokratisches Modell. Die ÖVP sieht darüber hinaus auch rechtliche Probleme, diese wolle man aber erst bewerten, wenn ein schriftlicher Entwurf vorliegt.

Noch im Februar durch Ministerrat

Der „Beschäftigungsbonus“ ist Teil des kürzlich überarbeiteten Koalitionsabkommen und soll ab 1. Juli gelten. Er sieht vor, dass Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, in den nächsten drei Jahren 50 Prozent der Lohnnebenkosten erstattet bekommen. Die Regierungsvorlage soll noch im Februar verabschiedet werden.

Die Wirtschaftskammer sieht darin „erste richtige Weichen“. WKÖ-Experte Martin Gleitsmann schränkte aber ein: „Der Beschäftigungsbonus ist ein richtiger Schritt, darüber hinaus wird eine nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes aber nicht ohne generelle Senkung der im internationalen Vergleich exorbitant hohen Lohnnebenkosten gehen.“

[Read more ... Kern: Jobbonus nur für heimische Arbeitslose](#)

2017-02-15 14:12

[younion-Kattnig: „Wir kämpfen nun noch stärker für einen fairen Handel“](#)

Druck auf nationale Parlamente wächst

Das Europäische Parlament hat CETA zur vorläufigen Anwendung gebracht – trotz der massiven Proteste aus der Zivilbevölkerung. 408 Abgeordnete stimmten für CETA, 254 votierten mit Nein und 33 enthielten sich. Für Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der younion _ Die Daseinsgewerkschaft ist das zwar ein Rückschlag, aber noch lange kein Grund den Kampf für ein besseres Handelsabkommen mit Kanada aufzugeben.

„Leider haben heute jene Konzerne einen Etappensieg errungen, die ihre Interessen auf Kosten von ArbeitnehmerInnenschutz, Klima- und Umweltschutz sowie Menschenrechten durchsetzen. Wir kämpfen allerdings jetzt noch stärker für ein besseres CETA! Das Abkommen muss noch durch rund 38 nationale und regionale Parlamente der Mitgliedstaaten, also auch das österreichische Parlament. Wir haben daher noch eine große Chance CETA zu kippen. Es ist allerdings schade, dass eine knappe Mehrheit im Europäischen Parlament die historische Chance vergab, den Weg für Nachverhandlungen frei zu machen und dem Abkommen die Giftzähne zu ziehen. Das erschwert es Standards für fairen Handel zu setzen“, sagt Kattnig.

Der Druck auf die österreichischen ParlamentarierInnen ist jedenfalls groß. Das Volksbegehren gegen die Handelsverträge wurde von mehr als 560.000 Menschen unterschrieben. CETA kann aus Sicht von younion_ Die Daseinsgewerkschaft nicht einfach so durchgewinkt werden.

younion _ Die Daseinsgewerkschaft wird die Informationstätigkeit über CETA jedenfalls noch erhöhen. Thomas Kattnig: „Die negativen Auswirkungen durch das Handelsabkommen sind durch Studien belegt. Wir können nicht einfach zulassen, dass am Ende der Ratifikation durch privilegierte Klagerechte und Sonderschiedsgerichtsbarkeit ausländische Inverstoren bevorzugt behandelt werden und die gesamte Daseinsvorsorge angegriffen wird. Sozial-, Arbeitsrechts,- und Umweltstandards dürfen nicht aufgeweicht werden, sondern müssen einklagbar gesichert bleiben. Was wir brauchen sind Handelsabkommen für Menschen und nicht für Konzerne. Der soziale, ökologische und demokratische Preis darf nicht der Bevölkerung in Rechnung gestellt werden“.

[Read more ... younion-Kattinig: „Wir kämpfen nun noch stärker für einen fairen Handel“](#)

2017-02-15 11:01

[CETA-Abstimmung: Blockade verzögerte Sitzung in Straßburg](#)

Das Europaparlament stimmt am Mittwoch ein letztes Mal über das umstrittene Freihandelsabkommen CETA ab. Die Zustimmung zu dem Abkommen zwischen der EU und Kanada gilt als sicher, doch die Gegner wollen nicht klein begeben. Kurz vor Beginn der Debatte in Straßburg blockierten Demonstranten den Eingang zum Parlament - das Plenum konnte vorerst nicht vollständig zusammenkommen.

Hunderte Menschen protestierten vor dem Eingang des EU-Parlaments, wo zu Mittag die Abstimmung starten soll. Mehrere Demonstranten legten sich als eine Art Kette auf den Boden vor dem Eingang des Parlaments und behinderten den Zugang. Mit Sprechchören und auf Transparenten forderten die Demonstranten „Stoppt CETA“ und „Hormonfleisch, nein danke“. Viele von ihnen trugen weiße Schutzanzüge. Zu der Kundgebung hatte ein Bündnis aus mehreren hundert Organisationen wie ATTAC und Greenpeace aufgerufen, das seit Jahren gegen das Abkommen mobilmacht.

Mehrheit wird erwartet

EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani sagte, dass die Tagung später beginnen werde, da zahlreiche Abgeordnete nicht ins Haus kommen könnten. „Ich möchte so viele wie möglich im Plenum haben“, deswegen werde später begonnen. Tajani entschuldigte sich bei EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die zu den Ersten gehörte, die im Plenum eintrafen.

Malmström versuchte gleich zu Beginn der Debatte, Kritikern Ängste vor negativen Folgen für den Verbraucherschutz sowie Sozial- und Umweltstandards zu nehmen. „CETA wird Standards für die Sicherheit von Lebensmitteln nicht ändern“, sagte sie. „Nichts darin zwingt zu einer Privatisierung des Wasser- und Gesundheitssektors.“

Es wird eine mehr oder minder deutliche Mehrheit pro CETA erwartet. ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas und die grüne Delegationschefin Ulrike Lunacek rechneten mit gut 400 der 751 Mandatäre, die zustimmen sollten. Die Abgeordnete Karoline Graswander-Hainz (SPÖ) glaubt, dass nur 70 der gut 190 sozialdemokratischen Mandatäre letztlich dem Freihandelsabkommen ihren Sanktus geben werden.

Großer Teil tritt im März in Kraft

Der FPÖ-Europamandatar Franz Obermayer setzte auf den österreichischen Nationalrat. Sollte dabei ebenfalls eine Zustimmung zu CETA kommen, solle der dringende Antrag auf eine Volksabstimmung gestellt werden. Die liberale EU-Mandatarin Angelika Mlinar unterstützte CETA hingegen „ganz klar“.

Mit dem Votum werden jene Teile, für die nur die EU zuständig ist, ab März vorläufig angewendet, das sind rund 90 Prozent. Es reicht eine einfache Mehrheit. Damit können jene Teile des Abkommens, die unter EU-Verantwortung fallen, vorläufig in Kraft treten.

Jahrelange Abstimmungen möglich

Bereiche in nationaler Zuständigkeit wie der umstrittene Investorenschutz müssen aber noch von den nationalen Parlamenten der 28 EU-Staaten einzeln ratifiziert werden. Das kann Jahre dauern. Erst wenn alle ratifiziert haben, tritt CETA endgültig in Kraft. Eine Frist dafür gibt es nicht. Die EU-Staaten können nur zustimmen oder ablehnen. Nachverhandlungen sind nicht mehr möglich.

In Österreich müssen Nationalrat, Bundesrat und Bundespräsident das Abkommen ratifizieren. Der Bundespräsident könnte ein Veto einlegen, wozu allerdings ein hinreichender Grund notwendig wäre. Falls ein Parlament eines EU-Landes die Ratifizierung verweigert, kann CETA nicht in Kraft treten. Es ist auf EU-Ebene nicht geregelt, was dann passiert. Vermutlich muss dann der EU-Ministerrat darüber entscheiden, ob CETA endgültig gescheitert ist.

Hoffnung und Kritik

Mit dem Freihandelsabkommen wollen die EU und Kanada ihre Wirtschaftsbeziehungen auf eine neue Basis stellen. Durch den Wegfall von 99 Prozent der Zölle und anderen Handelshemmnisse soll es auf beiden Seiten des Atlantiks zu mehr Wirtschaftswachstum kommen. So ist etwa vorgesehen, Zugangsbeschränkungen bei öffentlichen Aufträgen zu beseitigen und Dienstleistungsmärkte zu öffnen.

Der Handelspakt stand seit dem Abschluss der jahrelangen Verhandlungen im September 2014 unter harter Kritik von Globalisierungsgegnern, Landwirten, Umweltschützern und Gewerkschaften. Kritisiert wurde generell, dass CETA nicht nur geheim, sondern auch ohne Beteiligung der nationalen Parlamente verhandelt wurde. Kürzlich übergaben Aktivisten den Abgeordneten in Straßburg symbolisch eine von 3,5 Millionen Bürgern unterzeichnete Petition gegen das Vorhaben.

[Read more ... CETA-Abstimmung: Blockade verzögerte Sitzung in Straßburg](#)

2017-02-13 12:33

SPÖ und ÖVP einigten sich auf Wahlrechtsreform

SPÖ und ÖVP haben sich auf gemeinsame Vorschläge für ein neues Wahlrecht verständigt. Auch über die Kompetenzen des Bundespräsidenten und ein Demokratiepaket wurde Einvernehmen erzielt. Das wurde heute aus den beiden Parlamentsklubs bestätigt, Details wurden aber nicht genannt. Präsentiert werden die Vorschläge der beiden Klubobmänner Andreas Schieder (SPÖ) und Reinhold Lopatka (ÖVP) am Mittwoch.

Ausständig sind allerdings noch Verhandlungen mit der Opposition. Da es sich dabei um Verfassungsmaterien handelt, braucht die Koalition die Zustimmung entweder der FPÖ oder der Grünen.

Zusätzlicher Wahltag kommt

SPÖ und ÖVP hatten sich auch in ihrem überarbeiteten Arbeitsprogramm auf eine Weiterentwicklung des Wahlrechts verständigt, nicht zuletzt auch nach den Problemen bei der Bundespräsidentenwahl. Einig waren sich Schieder und Lopatka, dass es einen zusätzlichen Wahltag vor dem Wahlsonntag geben soll. Auch ein neues Modell der Briefwahl soll es geben, nachdem es bei der Bundespräsidentenwahl die Probleme mit den Wahlkuverts gab. Beim Demokratiepaket geht es um eine Aufwertung direktdemokratischer Instrumente wie der Volksbegehren.

[Read more ... SPÖ und ÖVP einigten sich auf Wahlrechtsreform](#)

2017-02-03 09:40

[FSG-Katzian: Demonstrationsrecht kein Spielfeld für Politiker mit Profilierungsdrang](#)

ÖVP soll verhaltensauffälligen Innenminister einbremsen

„Die Liste von Sobotkas Verhaltensauffälligkeiten nach nicht einmal einem Jahr im Innenministerium ist lang. Seine aktuelle Forderung ist aber ein demokratischer Fauxpas, der an Ignoranz und Ahnungslosigkeit schwer zu überbieten ist: Das Recht auf freie Meinungsäußerung und somit auf Demonstrationen ist aus gutem Grund in der Verfassung verankert und kann glücklicherweise nicht auf Zuruf geändert werden. Ein insbesondere von Gewerkschaften hart erkämpftes Grundrecht ist kein Spielfeld für Politiker mit Profilierungsdrang“, kommentiert Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB die Forderung nach einer Einschränkung des Demonstrationsrechts.

Bezeichnend sei nicht nur, dass der ÖVP-Politiker Interessen der Wirtschaft vor jene der Meinungsfreiheit stellt und laut über „Versammlungsleiter“ sowie darüber nachdenkt, dass der Innenminister per Verordnung ein Demonstrationsverbot erlassen könnte. „Dass er wortwörtlich von Spaßdemos spricht, lässt den Schluss zu, dass Sobotka wenig aus der Geschichte gelernt hat“, so Katzian abschließend: „Das Demonstrationsrecht ist genau wie die Pressefreiheit, das Versammlungsrecht oder das Koalitionsrecht Grundpfeiler jeder Demokratie. Ich erwarte mir, dass die ÖVP ihren Innenminister einbremst.“

[Read more ... FSG-Katzian: Demonstrationsrecht kein Spielfeld für Politiker mit Profilierungsdrang](#)

2017-01-31 14:14

[Initiatoren hoffen nach CETA-Volksbegehren auf Parlament](#)

Die Initiatoren des Volksbegehrens gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA hoffen nach den 562.000 Unterschriften für ihr Begehren auf die Ablehnung des Freihandelsabkommens CETA zwischen EU und Kanada im österreichischen Parlament. Es müssten noch „Giftzähne“ gezogen werden, auch wenn dafür das Abkommen aufgeschnürt werden müsse, sagte heute Thomas Kattinig von der Gewerkschaft youunion.

Die Schiedsgerichtsbarkeit müsse gestrichen werden, so Kattinig. Außerdem müssten öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung ausdrücklich ausgenommen und europäische Standards bei Arbeitnehmerschutz und Umwelt garantiert werden. „Insgesamt wollen wir, dass der Welthandel auf neue Beine gestellt wird“, sagte Kattinig. Dass das eine Neuverhandlung des Abkommens bedeuten würde, ist aus Kattinigs Sicht kein Problem.

Die Initiatoren zeigten sich von den 562.552 Unterschriften „überwältigt“. Für den Nationalrat sei der Auftrag daraus, CETA und TTIP und andere Abkommen, die „die Demokratie aushöhlen“, abzulehnen. Das Volksbegehren wandte sich gegen das Freihandelsabkommen EU-Kanada (CETA), EU-USA (TTIP) und EU und 23 andere Staaten zum Thema Dienstleistungen (TiSA) und war gemessen an der Zahl der Unterschriften das elfterfolgreichste Volksbegehren.

[Read more ... Initiatoren hoffen nach CETA-Volksbegehren auf Parlament](#)

2017-01-30 18:46

[Regierung: Betonte Einheit nach Gesprächsmarathon](#)

„Sehr intensives Programm“

Kein SPÖ- oder ÖVP-Programm, sondern ein „gemeinsames Regierungsprogramm“ - so hat Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) am Montag den neuen Pakt bezeichnet, den die SPÖ in tagelangen Verhandlungen mit Koalitionspartner ÖVP geschlossen hat. Bei der Pressekonferenz mit seinem Vize Reinhold Mitterlehner waren beide um Einigkeit betont.

In den vergangenen fünf Tagen habe man ein „sehr intensives Programm absolviert“, so Kern. Ziel sei es gewesen, ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die österreichische Regierung bis Herbst 2018, bis zum regulären Wahltermin, zu formulieren.

Keine „Spiegelministerien“ mehr

Die Zusammenarbeit in der Regierung soll auf neue Beine gestellt werden. Damit sollen die von jeweils einem Koalitionspartner besetzten „Spiegelministerien“ der Vergangenheit angehören, so Kern und Mitterlehner beim Sonderministerrat. Laut Mitterlehner habe das „Prinzip der Spiegelung“, bei dem sich bei der Erarbeitung von Gesetzen zwei politisch unterschiedlich besetzte Ministerien gegenüberstanden sind, die Arbeit oft behindert.

„Das wollen wir anders steuern“, stellte der Vizekanzler eine neue Form der Koordination in Aussicht, womit die Regierung künftig „schneller und klarer“ arbeiten könne. Wie das konkret aussehen wird, verriet die Regierungsspitze aber noch nicht.

Knapper Zeitplan, viele Diskussionen

Es habe intensive Diskussionen gegeben, die sei auch notwendig gewesen, so der Kanzler. Es sollte nicht nur ein inhaltliches Programm vorgelegt werden, die gemeinsamen Projekte sollten vielmehr auch mit konkreten Zeitplänen und Umsetzungsperspektiven versehen werden, betonte Kern weiter. Ziel sei es auch gewesen, politische Maßnahmen vorzuschlagen, die auch tatsächlich finanzierbar sind - ohne höhere Staatsverschuldung oder neue Schulden. Die Frage nach der konkreten Finanzierung ließ er aber offen.

Aus den vergangenen Monaten habe man die Erkenntnis gezogen, dass es notwendig ist, „klar Schiff zu machen“, eine gemeinsame Linie vorzugeben und dafür zu sorgen, dass das Regierungsteam diese dann auch abarbeitet. Der Zeitplan für die Programmerstellung sei „ohne Übertreibung“ knapp gewesen. Nun habe man aber nicht nur einen neuen Bundespräsidenten, sondern auch ein „neues, adaptiertes Programm“ für die Bundesregierung, so Kern. Er dankte Mitterlehner ebenso wie den Verhandlungspartnern und geduldigen Journalisten.

Beide Handschriften im Programm

Seine Rede in Wels sei sozialdemokratisch geprägt gewesen, hier handle es sich nun aber um „kein SPÖ-Programm und kein ÖVP-Programm, sondern ein gemeinsames Regierungsprogramm“, erklärte der SPÖ-Vorsitzende. Im Programm finde man daher einmal die Handschrift der einen Seite, ein anderes Mal die Handschrift der anderen Seite: „Es ist ein gutes Programm.“ Er wollte es dann auch nicht als Kompromiss bezeichnen, sondern als Summe von Maßnahmen aus den gemeinsamen Schnittmengen. Kern bedankte sich auch bei Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) und allen Verhandlungspartnern für die Zusammenarbeit.

Mittlerweile haben alle Minister das Programm unterzeichnet

Mitterlehner sprach in seinem Statement von einem „Programm, das Österreich wirklich weiterbringt“. Man sei um eine gemeinsame Schnittmenge bemüht gewesen. Er lege besonderen Wert darauf, dass sowohl Sozialpartner als auch Länder miteinbezogen worden seien. Die genauen Pläne zur Finanzierung werde Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) noch zu einem späteren Zeitpunkt vorstellen.

Einig waren sich beide Politiker, nicht von einem „Neustart“ sprechen zu wollen. Kern sagte, das Wort „völlig unpassend“ zu finden, man habe schon seit Mai intensiv gearbeitet. Auch Mitterlehner meinte, das

schon nicht mehr hören zu können.

Sobotka gab Widerstand auf

Davor hatte es bereits trotz anfänglicher Widerstände von den Parteigremien und den Ministern grünes Licht für den Pakt gegeben. Auch Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) unterschrieb das Arbeitsabkommen, obwohl er angekündigt hatte, nur den seine Funktion betreffenden Teil zu unterzeichnen. Als Grund für seine Meinungsänderung gab der Minister am Montag vor dem Sonderministerrat an, dass das Papier die „Handschrift der ÖVP trägt“.

Sowohl das SPÖ-Präsidium als auch der ÖVP-Vorstand segneten das 35 Seiten starke Papier am Montag ab. Das berichtete für die SPÖ der Wiener Landespartei- und Bürgermeister Michael Häupl den wartenden Journalisten.

Zufriedenheit auf vielen Seiten

Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz (ÖVP) sprach von einem sehr guten Ergebnis. „Das hätte man einfacher auch haben können.“ Einen Entwurf des Integrationsgesetzes habe es seit August des Vorjahres gegeben. „Ich bin froh, dass es nach einem halben Jahr Widerstand fertig ist.“

Neben Sobotka und Kurz zeigten sich auch die übrigen Minister mit dem Arbeitsübereinkommen zufrieden - vor allem mit den Vorhaben in ihren eigenen Ressorts. Zustimmung gab es vor Beginn des Sonderministerrats am Montag auch bei den beiden Regierungskordinatoren Thomas Drozda (SPÖ) und Harald Mahrer (ÖVP).

Unterschriftenfrage „überbewertet“

Drozda sprach von klaren Inhalten und Zielsetzungen. Das Gute daran sei, dass jeder, der das Programm beschließen, auch dazu stehe. Auch sein Gegenüber Mahrer bekannte sich zum neuen Regierungsübereinkommen. Der Staatssekretär findet, dass die Frage der Unterschrift - Sobotka wollte ja zwischenzeitlich nicht das ganze Papier, sondern nur sein Kapitel unterschreiben - überbewertet werde.

Die unterschiedlichen Maßnahmen vor allem in ihren angestammten Bereichen lobten etwa Sozialminister Alois Stöger, Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (beide SPÖ), Familienministerin Sophie Karmasin, Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter, Justizminister Wolfgang Brandstetter (alle von der ÖVP nominierte Minister) sowie weitere Regierungsmitglieder. SPÖ-Klubchef Andreas Schieder freute sich, dass eine Neuwahl „vom Tisch“ sei. Nun beginne die Phase des intensiven Arbeitens und der Umsetzung.

Sozialpartner zu Mitarbeit bereit

Kern hatte am Sonntag erklärt, auch von den Ländern einen Beitrag einzufordern, und darauf verwiesen, dass sich die Sozialpartner bereits zur Mitarbeit bereiterklärt hätten. Es handle sich um ein vernünftiges und pragmatisches Paket, und er könne sich nicht vorstellen, warum jemand aus der Regierung ein Problem haben sollte, das Arbeitsabkommen zu unterschreiben. Wenn doch, dann müsse man über „Konsequenzen“ reden, meinte Kern, ohne diese jedoch auszuführen. „Jeder Einzelne hat zu verstehen, dass wir ein gemeinsames Projekt haben.“

„Gutes Gespräch“ mit Präsidenten

Kern und Mitterlehner informierten noch vor den Parteigremien am Vormittag Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen über ihre Pläne. „Es war ein gutes Gespräch“, sagte Kern nach der rund einstündigen Zusammenkunft in der Hofburg. Auch Mitterlehner stimmte dem zu.

[Read more ... Regierung: Betonte Einheit nach Gesprächsmarathon](#)

2017-01-29 16:48

[Aufregung über CETA-kritisches SPÖ-Gutachten](#)

Ein Gutachten der SPÖ-EU-Abgeordneten Karoline Graswander-Hainz zu CETA, aus dem das Nachrichtenmagazin „profil“ in seiner aktuellen Ausgabe zitiert, sorgte heute für Aufregungen bei den Grünen und Blauen. Die beiden Oppositionsparteien lehnen das EU-Handelsabkommen mit Kanada ab und sehen sich durch das CETA-kritische SPÖ-Gutachten bestätigt.

Laut „profil“ kommt der Innsbrucker Politikwissenschaftler Andreas Maurer in dem Gutachten zu dem Ergebnis, dass die zusätzlichen Erklärungen, quasi die „Beipackzetteln“, „rein informativ“ und „nicht bindend“ seien. Kanzler Christian Kern (SPÖ) hatte CETA zugestimmt, weil aus seiner Sicht entscheidende Verbesserungen erreicht wurden.

Fünf SPÖ-Abgeordnete stimmen dagegen

„Ich will Kern nicht in den Rücken fallen“, erklärte Gaswander-Hainz im „profil“, aber: „Er hat den Vertrag als Regierungschef mit Bedingungen unterschrieben, die rechtlich erfüllt werden müssen. Für uns werden sie das nicht ausreichend, deswegen sagen wir Nein.“ Die fünf Europaparlamentarier der SPÖ lehnen CETA ab und stimmen im Februar im Plenum gegen den Handelspakt.

Wenn die SPÖ über ein solches Gutachten verfüge, habe Kern „die Bevölkerung an der Nase herumgeführt“, sagte FPÖ-Vizeparteichef Norbert Hofer in einer Aussendung. Für den EU-Mandatar der Grünen, Michel Reimon, ist klar: „Kerns CETA-Beipacktexte sind leider das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind“, entscheidend sei, wie sich die SPÖ im Nationalrat verhalte.

Die SPÖ ringt in Sachen Freihandel schon länger um eine einheitliche Linie. Der Bürgermeister von Traisen in Niederösterreich, Herbert Thumpser (SPÖ), ist einer der Mitinitiator des laufenden Volksbegehrens gegen TTIP, CETA und TiSA, das unter anderem auch von Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) medienwirksam unterschrieben wurde.

[Read more ... Aufregung über CETA-kritisches SPÖ-Gutachten](#)

2017-01-27 06:07

Wehsely offiziell verabschiedet

Die bisherige Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) hat am Donnerstag im Gemeinderat offiziell von der Stadtregierung Abschied genommen. Am Abend wurden dann die neuen Stadträte gewählt.

„Ich habe der Stadtverwaltung und den Mitarbeitern einiges an Veränderung abverlangt. Das war nicht immer einfach und nicht ohne Widerstand, aber es war in dieser Stadt vorher so auch nicht üblich“, resümierte die scheidende Ressortchefin. Sie räumte ein, sich dadurch nicht immer beliebt gemacht zu haben. „Über Haltungsnoten kann man immer diskutieren - und man kann auch darüber diskutieren, ob Frauen nicht anders benotet werden als Männer -, aber ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass die eingeleiteten Reformen richtig und alternativlos sind“, so Wehsely.

Standing Ovations zum Abschied

Zum Abschied gab es lauten Beifall, Standing Ovations, Blumen und Küsschen - freilich nur von den Mitgliedern der Regierungsparteien SPÖ und Grüne. Gemeinderatsvorsitzender Thomas Reindl (SPÖ) bedankte sich im Namen des Gremiums bei der „Powerfrau“ Wehsely, die er - aus eigener Erfahrung - auch als „hervorragende Streiterin“ kennengelernt habe.

Stundenlange Debatte sorgte für Verzögerung

Die angesetzte Debatte nach der Verabschiedung wuchs sich zu einem stundenlangen Redemarathon aus. Die FPÖ verzögerte die Wahlgänge zusätzlich. Insgesamt 15 zu Wort gemeldete Abgeordnete über alle Fraktionen lieferten sich am Nachmittag ein Hickhack über die Verdienste und Versäumnisse der scheidenden Ressortchefin bzw. über die Aufgaben ihrer Nachfolgerin Sandra Frauenberger.

Letzter Auftritt von Sonja Wehsely

Die scheidende Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely ist am Donnerstag im Gemeinderat verabschiedet worden.

Im Lauf der Diskussion ließen sich zudem noch einige FPÖ-Mandatare kurzfristig auf die Rednerliste setzen. Damit ging sich die Wahl der neuen Stadträte nicht mehr vor der Debatte des von der FPÖ eingebrachten Dringlichen Antrags zur Causa Heumarkt-Areal aus. Denn Dringliche Anträge müssen laut Geschäftsordnung des Gemeinderats spätestens um 16.00 Uhr besprochen werden.

Man wolle „Häupl & Co“ die Möglichkeit geben, die „suboptimalen Besetzungsvorschläge“ während des Dringlichen FPÖ-Antrags „noch einmal zu überarbeiten“, begründete FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp

den blauen Aktionismus.

Späte Wahl am Abend

In den Abendstunden wurden Frauenberger und Ex-Stadtschulratspräsident Jürgen Czernohorszky schließlich in ihre neuen Ämter gewählt. Wie erwartet wurde Czernohorszky mit breiterer Unterstützung zum Bildungsstadtrat gewählt, für Neo-Gesundheitsstadträtin Frauenberger war es knapper. Die Abstimmung erfolgte in geheimer Wahl. Grundsätzlich benötigen die Stadträte mit Ressortkompetenz eine einfache Mehrheit aller gültig abgegebenen Stimmen. Czernohorszky erhielt 58 von 98 abgegebenen Stimmen, für Frauenberger stimmten 52 Abgeordnete.

Das bedeutet, dass ein Koalitionsabgeordneter die Zustimmung verweigert hat. Denn von den insgesamt 54 Rot-Grün-Mandataren waren 53 da, es fehlte nur Rüdiger Maresch (Grüne). Für Czernohorszky war die Unterstützung ebenfalls nicht so stark wie angekündigt. Hätten Regierungsparteien und NEOS sowie ÖVP alle vollständig für ihn votiert, wäre die Anzahl der Unterstützer größer gewesen.

Auch über die Zusammensetzung der beiden betroffenen Geschäftsgruppen wurde abgestimmt. Die Magistratsabteilungen 10 und 11 sind nun wieder gemeinsam im Bildungsressort untergebracht, und Frauenberger nimmt die Frauenagenden mit in ihr neues Ressort.

[Read more ... Wehsely offiziell verabschiedet](#)

Page 17 of 19

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- [16](#)
- 17
- [18](#)
- [19](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)